

**F E S T A K T**  
aus Anlaß  
des 50. Jahrestages  
der konstituierenden Sitzung  
der 1. Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin  
nach dem 2. Weltkrieg  
am 26. November 1996

ÖKUMENISCHER GOTTESDIENST  
und  
FESTAKT  
aus Anlaß  
des 50. Jahrestages  
der konstituierenden Sitzung  
der 1. Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin  
nach dem 2. Weltkrieg  
am 26. November 1996

Herausgegeben vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin  
Referat Öffentlichkeitsarbeit

10111 Berlin-Mitte

Redaktion: K. Brandes, R. Kramer, B. Ziegler

Herstellung: Verwaltungsdruckerei Berlin

Titelfoto: Ullstein-Bilderdienst  
Fotos: Landesbildstelle Berlin

ÖKUMENISCHER GOTTESDIENST

*in der  
St. Marienkirche zu Berlin*

*Grußwort des Superintendenten*

**Joachim Koppehl**

*Seite 6*

*Grußwort des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin*

**Prof. Dr. Herwig Haase**

*Seite 7*

*Grußwort des Vertreters der Jüdischen Gemeinde*

**Rabbiner Ernst M. Stein**

*Seite 9*

*Predigt*

**Kardinal Georg Sterzinski**

*Seite 11*

*Predigt*

**Bischof Dr. Wolfgang Huber**

*Seite 15*

*FESTAKT*

*im Plenarsaal  
des Abgeordnetenhauses von Berlin*

Ausschnitt der Eröffnungsrede (O-Ton) des  
Alterspräsidenten der Stadtverordnetenversammlung  
von Groß-Berlin 1946,

**Adolf Wuschik**

*Seite 20*

*Ansprachen*

**Prof. Dr. Herwig Haase**  
Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

*Seite 22*

**Dr. Ella Barowksy**  
Stadtälteste von Berlin  
und Mitglied der 1. Stadtverordnetenversammlung

*Seite 31*

*Festansprache*

**Prof. Dr. Jutta Limbach**  
Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts

*Seite 38*

*Sankt Marienkirche zu Berlin*

*Grußwort des Gastgebers  
Superintendent*

**Joachim Koppehl**

Sehr geehrte Damen und Herren unseres Parlaments! Meine Schwestern und Brüder! Liebe Gemeinde!

Seien Sie herzlich willkommen in der Marienkirche. Ich freue mich darüber, daß Sie als Parlamentarier unserer Stadt diesen bedeutsamen Erinnerungstag mit einem Gottesdienst in der Marienkirche beginnen.

1946 war diese Stadt schwer vom Krieg gezeichnet. Wie ein Wunder blieb als einzige Kirche an der Geburtsstätte Berlins die Marienkirche vor größeren Beschädigungen bewahrt. Der Turm und die Orgel wurden beschädigt. Aber der Hallenraum, in dem Sie sich befinden, blieb in seiner Architektur aus dem 13. Jahrhundert unversehrt. Für den Glaubenden ein unverdientes Geschenk, am Geburtsort dieser Stadt neu auf Gottes Wort zu hören und Gemeinde zu sammeln. Von der erhaltenen Bausubstanz des 13. Jahrhunderts aus gesehen wurde St. Marien nun die ältere praktizierende Kirche. St. Nikolai, die Mutterkirche Berlins und Kirche des *clerus major*, war zerstört. Die Kirche des einfachen Volkes blieb erhalten. Die ihr von den Baumeistern der norddeutschen Backsteingotik verliehene Würde ist bis heute ein einladendes Zeugnis geblieben, Gott und Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen. Das äußere Gewand dieser Kirche erscheint zwar abgetragen. Eine ärmer gewordene Gemeinde muß damit leben. Sie darf aber Hilfe von denen erbitten, die mit ihrem Geld helfen können, auch ihrem äußeren Ansehen ein würdigeres Kleid zu geben. Denn diese Marienkirche gehört der ganzen Stadt in Berlin, so wie es die Inschrift in gotischen Buchstaben am Bronzekessel der Taufe jedem bekundet: „Ik dene den armen also den riken“, den Armen und den Reichen! Darum weise ich noch einmal gern auf die am Ausgang erbetene Kollekte für die Unterstützung der Obdachlosenprojekte der St. Marienkirche und des Franziskanerklosters in Berlin-Pankow hin.

Ich wünsche Ihnen für diesen Tag ein kreatives Erinnern und Gottes Segen für Ihre Arbeit in dieser Stadt.

*Grußwort*  
*des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin*

Prof. Dr. Herwig Haase

Heute vor 50 Jahren haben sich die Berliner Stadtverordneten unweit der Marienkirche zu ihrer 1. Sitzung nach dem 2. Weltkrieg versammelt. Wir sind hier zusammengekommen zu einer Stunde der Besinnlichkeit. Ich danke dem Ökumenischen Rat dafür, daß wir den Gottesdienst gemeinsam feiern.

1946 war ein schweres, ein kaltes Jahr. Zugleich war es aber ein Jahr der Hoffnung und des Neuanfangs. Denn nicht erst 1945 legten sich Dunkelheit und Chaos über die Stadt. Bereits 1933 begannen die finsternen Zeiten einer totalitären Herrschaft, 1938 brannten die Synagogen und viele Menschen mußten diesen Wahn mit ihrem Leben büßen.

Damals suchten die Menschen Trost und Rat. Sie kamen wieder in die zerstörten Kirchengebäude und erinnerten sich des Psalmes 23:

„Und ob ich schon wanderte im finsternen Tal,  
fürchte ich kein Unglück;  
denn Du bist bei mir,  
Dein Stecken und Stab trösten mich.“

Menschen erkannten in der Wüste aus Trümmern und Asche: Wer sich selbst zum Maß der Dinge erhebt, wer unbegrenzt und selbstgerecht handelt, der wird immer wieder bei den Ruinen des Turms von Babel landen. Der erfolgreiche Wiederaufbau und die glückliche Vereinigung unseres Landes nach einer friedlichen Revolution waren nur möglich und sind allein zu bewahren, wenn wir uns der Begrenztheit unseres Tuns bewußt sind und Toleranz und Freiheit achten.

Unser Grundgesetz bekennt sich zu dieser überlieferten Wahrheit. Seine Präambel beginnt mit den Worten: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen . . .“ Politik, die sich

an dieser Weisheit orientiert, wird auch in schwierigen Zeiten auf dem richtigen Pfad bleiben und die großen Herausforderungen bestehen. Was den Menschen aufgetragen ist, hat Moses Mendelssohn so formuliert: „Nach Wahrheit forschen, das Schöne lieben, Gutes wollen, das Beste tun.“ Dieses Bekenntnis im Herzen möge uns die innere Kraft und Sicherheit geben, die richtigen Entscheidungen für das Gemeinwohl zu treffen und die Verantwortung zu tragen.

Uns bleibt aufgetragen, das Wort zu beherzigen, danach zu handeln und dafür zu beten: Recht tun, Güte und Treue lieben, in Ehrfurcht den Weg gehen mit deinem Gott. Amen.

*Grußwort des Vertreters der Jüdischen Gemeinde*

*Rabbiner*

Ernst M. Stein

Aus der mit dem Schleier der Zeit verdeckten Tiefe der früheren israelitischen Geschichte hören wir, daß dem Mose der Rat gegeben wurde, aus dem Volke tüchtige, gottesfürchtige, wahrhaftige, uneigennützig Männer auszusuchen, die mit ihm zusammen die Last tragen sollten, das Volk zu leiten. Etwas später, da waren es 70 ausgewählte Volksälteste, auf die, so lesen wir, vom Geiste Mose gelegt wurde.

Vielleicht können hier die ersten Ansätze vorsichtiger Versuche, von einem Absolutismus zu einer Demokratisierung überzuleiten, gesehen werden. Bemerkenswert ist, daß die notwendigen Eigenschaften der Gewählten eindeutig festgelegt wurden.

Ohne Zweifel waren diese Maßnahmen weit von unserem Demokratieverständnis und seinem konkreten Niederschlag entfernt.

Heute, Jahrtausende später, versammeln wir uns in feierlichem Akt, um der „konstituierenden Sitzung der ersten Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin“ nach dem Ende des 2. Weltkrieges und dem damit gekommenen Ende der NS-Gewaltherrschaft, die jede Spur von Demokratie verneinte und vernichtete, zu gedenken.

Aus dieser „Stadtverordnetenversammlung“ ist das Berliner Abgeordnetenhaus gewachsen, erste unter vielen Institutionen, die Garanten der Demokratie in dieser Stadt und in diesem Land sind.

Doch sind es nicht allein die Institutionen, die von Demokratie geleitet und erfüllt sein müssen, sondern auch und besonders der Geist und das Handeln des Volkes, das sie verlangen soll, tragen, pflegen und verteidigen muß.

Ganz besonders die jüdische Gemeinschaft weiß um den Wert der Demokratie, denn nur in ihrem Bereich kann eine Jüdische Gemeinde leben, sich entwickeln und ihren selbstverständlichen Beitrag zum Wohle der gesamten Gesellschaft leisten.

Leider waren frühere Ansätze der Demokratie in diesem Staat zu schwach, zu zersplittert, zu unentschlossen, um den Mächten der Finsternis Einhalt zu gebieten, und so stürzte er, der Staat, zum Schaden aller und zur Vernichtung der jüdischen Gemeinschaft in den Abgrund der grausamsten Diktatur.

Heute freuen wir uns, als integraler Bestandteil der Gesellschaft dieser Stadt und dieses Landes, zusammen mit allen über die Erfolge dieses nun halben Jahrhunderts der sich entwickelnden, fortschreitenden und sich beweisenden Demokratie, sichtbar ausgedrückt durch die vielseitigen Aktivitäten des frei gewählten Abgeordnetenhauses.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin sendet die herzlichsten Grüße ihrem Abgeordnetenhaus und bittet um Gottes Segen für Einigkeit und Frieden, für Recht und Freiheit, für Erfolg und Bestand.

Der Psalmist, der Sänger des 90. Liedes, endet sein Gebet mit einer Bitte, der wir uns hier anschließen wollen. Er sang:

„Möge die Huld des Ewigen, unseres Gottes, auf uns sein. Und fördere Er unserer Hände Werk, für uns; Ja, das Werk unserer Hände, fördere es.“ (Psalm 90:17)

Amen.

*Predigt*  
*Erzbischof von Berlin*  
Georg Kardinal Sterzinsky

1.

Wir haben das Wort eines jüdischen Propheten aus dem 7. oder 8. vorchristlichen Jahrhundert gehört. Und vielleicht fragt mancher hier: Was geht uns das heute an, an der Schwelle zum dritten nachchristlichen Jahrtausend? Was kümmert uns im Berlin des Jahres 1996 das mehr als zweieinhalbtausend Jahre alte Wort des Bauernsohnes Micha aus der Umgebung des fernen Jerusalem?

Die Propheten des Alten Bundes und die Heiligen des Neuen Bundes, die exemplarischen Christen aller Konfessionen, sie alle sind nicht müde geworden, ihren Völkern in allen Sprachen der Erde und in immer neuen Formulierungen zuzurufen: „Es ist dir gesagt worden, Mensch, was gut ist!“

Muß uns das gesagt werden? Wissen wir nicht selbst am besten, was „gut ist“? Wir, die aufgeklärten und wissenschaftlich ausgebildeten Menschen des Raumfahrt- und Computerzeitalters?

Die glücklicherweise überwundenen, besonders aber die weiter bestehenden totalitären Systeme unserer Welt und unserer Zeit sprechen eine andere Sprache. Aber wir müssen gar nicht bis in Krisenregionen unserer Welt oder in Akten deutscher Unrechtsregime der Vergangenheit schauen. Wie oft hören wir, z. B. im Zusammenhang mit der erschreckend ansteigenden Kriminalität schon bei Kindern oder nach Ausschreitungen gegen ausländische Mitbürger, vielen jungen Menschen fehle ein „Unrechtsbewußtsein“. Deshalb hätten sie wenig Scheu, sich am Eigentum, wenn nicht gar am Leben anderer zu vergehen.

„Es ist dir gesagt worden, Mensch, was gut ist.“ Ist es ihnen denn gesagt worden? Haben sie von uns, von der Generation der Erwachsenen, gehört, daß es das Wichtigste ist, Recht zu tun? Erfahren sie von uns, was Güte heißt und Treue? Erleben sie an den Christen unter uns, daß wir in Ehrfurcht – in anderen Übersetzungen heißt es: in Demut – den Weg gehen mit unserem Gott?

In solcher Ehrfurcht, die in dem anderen Menschen zuerst Gottes Ebenbild sieht, den Bruder, die Schwester, deren Würde von Gott gegeben ist und deshalb unantastbar.

Ist ihnen nicht am Ende bloß gesagt worden: Das Wichtigste ist die Selbstverwirklichung; wesentlich ist, was dir selber nützt? Ist ihnen nicht bloß vermittelt worden, wie sehr es darauf ankommt, sich durchzusetzen gegen die Konkurrenz der anderen? Wie man – ohne Rücksicht auf den Schwächeren neben sich – an der eigenen Karriere arbeitet?

„Es ist dir gesagt worden, Mensch, was gut ist.“ Gibt es sie nicht mehr, die Propheten, die uns daran erinnern? Gibt es sie nicht mehr, Menschen, die uns ins Gewissen reden? Ja, ist nicht die Rede vom Gewissen immer die Erinnerung an das, was „gut ist“?

Oder sind wir nur unfähig, auf die Stimme des Gewissens, auf die Stimmen der Propheten zu hören in dem Lärm unserer Städte, unserer Parlamente, unserer Medien, auch unserer Kirchen?

2.

Wenn wir uns heute an diesem Ort zu einer Stunde des Gedenkens und des Dankes zusammenfinden, so möchte ich darin einen Hinweis sehen: Wir bemühen uns zu hören. Denn wenn wir Gottesdienst feiern, so ist das mehr als bloß eine Festveranstaltung unter anderen. Hier ist zuerst Anerkennung Dessen, der uns den Maßstab gibt, mit dem wir ermessen können, was gut ist.

Wenn Menschen, die unterschiedliche politische Meinungen vertreten, gemeinsam innehalten, um davon zu hören, so ist dies allein Hoffnungszeichen, das uns dankbar stimmen kann.

Die Marienkirche, neben St. Nikolai die älteste Kirche Berlins, Jahrhunderte vor der Glaubenspaltung erbaut, ist gut gewählt für solche Besinnung. Gleich nebenan, im Neuen Stadthaus, hat sich vor genau einem halben Jahrhundert die erste frei gewählte Stadtverordnetenversammlung nach dem Zweiten Weltkrieg konstituiert. Sie überlebte mit großen Schwierigkeiten zwei Jahre. Für

mehr als vier Jahrzehnte sollte sie die einzige, von den Bürgern ganz Berlins gewählte demokratische Volksvertretung bleiben.

Zwar gab es in dem Teil der Stadt, in dem im Dezember 1948 keine freien Wahlen mehr zugelassen wurden, eine regelrechte Inflation des „Demokratischen“ – ich erinnere nur an den „Demokratischen Block“ oder an den „Demokratischen Sektor“ als offizielle Bezeichnung für Ost-Berlin – aber wie vieles andere war dies erneut Mißbrauch, Pervertierung dessen, was Demokratie meint, die sich nur in Freiheit verwirklichen kann.

Dabei hatte es nach der Befreiung von der Hitler-Diktatur und nach dem schrecklichen Krieg, der auch über diese Stadt unermessliches Leid und Elend brachte, hoffnungsvoll begonnen. Auch dem zunächst von der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzten ersten Magistrat – das sollten wir gerechterweise nicht vergessen! – ging es darum, zu tun und zu ermöglichen, was gut ist: Gut – im Gegensatz zu der eben beendeten bösen Herrschaft, gut für das Volk, gut für die Menschen, deren Würde mit Füßen getreten worden war. Sie wollten den Neubeginn: Sozialdemokraten und christliche Demokraten, Kommunisten und Liberale. Sie wollten „der Stadt Bestes“, und nach den Erfahrungen der Diktatur einer Partei wollten sie dieses Ziel gemeinsam.

Nach der Erfahrung gemeinsam erlittenen Unrechts standen in dieser ersten Phase des politischen Neubeginns mit dem katholischen Gefängnispfarrer Peter Buchholz, der viele Opfer des NS-Regimes begleitet hatte, und dem evangelischen Pastor der Bekennenden Kirche Heinrich Grüber geachtete Vertreter der Kirchen den Politikern als Berater zur Seite. Von beiden Geistlichen wissen wir, daß sie als Männer ihrer Kirche und in ökumenischer Gemeinsamkeit bemüht waren, die Gewissen zu schärfen für das, was gut ist.

Bis es im sich verschärfenden Kampf der Großmächte und Blöcke schließlich nurmehr um die Macht ging, erneut um die Macht einer Partei, erneut um die Macht über den Menschen als Person, erneut um die Macht unter Mißachtung des Gewissens und der Würde des Menschen, wie Gott sie meint, unter Mißachtung von Wahrheit und Recht, unter Verletzung der Freiheit.

Wieder sollte zum Schweigen gebracht werden, wer mit dem Propheten an die unveräußerlichen Werte erinnerte und daran, daß dem Menschen gesagt worden ist, „was gut ist“.

Wieder sollte die Herrschaft einer Partei, die selbstherrlich über Recht und Unrecht, über Gut und Böse befinden wollte, an die Stelle Gottes gesetzt werden. Wieder sollten jene, die ihre Knie nicht beugen möchten vor Baal, dazu gezwungen werden, teils mit Zuckerbrot, teils mit Peitsche.

3.

Wir feiern den Neubeginn vor 50 Jahren – obwohl oder gerade weil wir die Geschichte kennen, die Geschichte der Spaltung dieser Stadt. Seit 1948 gab es nur in den westlichen Sektoren, dem späteren West-Berlin, freie Wahlen zu einer demokratischen Volksvertretung.

Wir haben allen Grund zu feiern, weil uns vor nunmehr sechs Jahren eine neue Chance gewährt wurde, ein Neubeginn gemeinsamer parlamentarischer Arbeit in und für unsere ganze Stadt Berlin.

Wir alle hier wissen um die große Verantwortung für unsere Mitbürger und vor Gott, der es uns gesagt hat, „was gut ist“. Doch geht es angesichts der Probleme unserer Zeit nicht jedem in dieser Verantwortung so, wie es die Verse Wolfgang Borcherts beschreiben:

„Ich möchte Leuchtturm sein / in Nacht und Wind / für Dorsch und Stint / für jedes Boot / und bin doch selbst / ein Schiff in Not.“?

Wenn wir heute an diesem Ort jenes 24. November 1946 gedenken, so tun wir es in der Erkenntnis menschlicher Begrenztheit, zugleich aber in der Hoffnung auf Gott, den wir bei all unserem Mühen um Recht und Gerechtigkeit an unserer Seite wissen dürfen, „alle Tage bis zur Vollendung der Welt“.

*Predigt*

*Bischof*

Dr. Wolfgang Huber

„Einer der Schriftgelehrten versuchte Jesus und fragte ihn: Meister, welches Gebot im Gesetz ist das wichtigste? Er antwortete: Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben mit ganzem Herzen, mit ganzer Seele und mit all deinen Gedanken. Das ist das wichtigste und erste Gebot. Ebenso wichtig ist das zweite: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. An diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz samt den Propheten.“ (Matth. 22, 35–40)

Liebe Gemeinde!

Natürlich kennt der Schriftgelehrte die Antwort. Natürlich weiß einer, dem das Gesetz Israels vertraut ist, was das wichtigste Gebot ist. Und trotzdem erhält er eine Antwort. Eine ehrliche dazu. Jesus weicht ihm nicht aus. Er gibt seine Antwort mit Sätzen aus der Hebräischen Bibel. Er ist nicht gekommen, eine neue Lehre zu verkündigen. Er will den Menschen den alten Gotteswillen so nahebringen, daß er sie erreicht und ihr Leben verändert. Gott will Liebe, sagt er. Mehr nicht.

Die Antwort ist älter als die Frage. Jedes Kind kann die Antwort verstehen; und doch lernt kein erwachsen gewordener Mensch an dieser Antwort aus. Nichts ist selbstverständlicher im Menschenleben; und nichts ist zugleich schwerer. Der Heidelberger Katechismus, eines der wichtigen Bekenntnisdokumente aus dem Jahrhundert der Reformation, zitiert das Doppelgebot der Liebe und schließt daran die Frage an: Kannst du das alles vollkommen halten? Seine schroffe Antwort lautet: „Nein, denn ich bin von Natur aus dazu geneigt, Gott und meinen Nächsten zu hassen.“

Deshalb muß uns die alte Antwort immer wieder neu gesagt werden. Und deshalb ist es tröstlich und wichtig, daß die Geschichte der Liebe nicht mit uns selbst anfängt. „Laßt uns lieben, denn Gott hat uns zuerst geliebt.“ So heißt es im 1. Johannesbrief, Gott will Liebe – dieser Einsicht des Glaubens geht andere Einsicht voraus. Sie heißt: Gott ist Liebe.

Deshalb läßt sich das eine nicht vom anderen trennen, die Liebe zu Gott nicht von der Liebe zum Nächsten und umgekehrt. Wir haben Jahrzehnte hinter uns, in denen es von vielen Seiten tönte: Mitmenschlichkeit ist genug. Man löste die Gottesliebe in die Nächstenliebe auf. Man dachte, sozialer Aktivismus könne den Glauben überflüssig machen. Jesus setzt beides gerade nicht gleich. Die Liebe zu Gott nennt er das „wichtigste und erste“, das höchste und größte Gebot. Nur von der Liebe zu Gott gilt, daß sie mit ganzem Herzen, mit ganzer Seele und mit allen Gedanken erfolgt. Nur als zweites ist die Liebe zum Nächsten dem gleich. Den Nächsten soll man nur so lieben wie sich selbst. Und dazu gehört das Wissen um die Endlichkeit, Fehlbarkeit, Verletzlichkeit des Nächsten; denn er ist wie du.

Gottesliebe und Nächstenliebe, so ungleich sie sind, sind gleichermaßen geboten. Das ist das größte Gebot im Gesetz Israels. Das ist auch der Kern des christlichen Glaubens. Gottesliebe und Nächstenliebe gehören untrennbar zusammen. Frömmigkeit, die Gott die Ehre gibt, zielt auf Nächstenliebe, auf eine Kultur des Erbarmens, auf Gemeinschaftsfähigkeit, auf gerechte Verhältnisse ab. Aber es geht nicht darum, daß Gottesliebe sich in Nächstenliebe auflöst, daß Religion und Humanität austauschbar werden. Wem die Nächstenliebe kostbar ist, der sollte die Gottesliebe nicht verdrängen. Wer die Menschlichkeit hochhalten will, der sollte im eigenen Leben wie in der Öffentlichkeit auch Raum für Gott lassen.

Deshalb ist ein Gottesdienst, wie wir ihn heute feiern, wichtig. Ich hoffe, daß wir mit dem heutigen Tag einen Anfang machen, der Fortsetzung findet. Es ist ein besonderer Tag, an dem uns solche Gedanken beschäftigen. Vor fünfzig Jahren trat nach Jahren von Diktatur und Menschenverachtung zum ersten Mal wieder eine demokratisch gewählte Vertretung der Bürgerinnen und Bürger Berlins zusammen. Das war ein Vorgang von hoher symbolischer Bedeutung. Im politischen Leben der Stadt vollzog sich ein Neuanfang der Verantwortung für die gleiche Würde aller Menschen. Regierende und Regierte, Abgeordnete und Wähler stellten sich gleichermaßen in die Verantwortung. Denn das ist das Wesen der Demokratie. Darin ist sie ein säkularer, weltzugewandter Aus-

druck der alten Einsicht: Gott will Liebe. Die Menschen machten sich nach Jahren der Barbarei neu auf den Weg, eine humane, menschliche Gesellschaft zu bauen. Sie suchten nach Maßstäben dafür und merkten: Die Antwort ist älter als die Frage. Gott die Ehre zu geben und dem Nächsten so zugewandt zu sein wie sich selbst: Darin liegt das Gesetz und die Propheten.

Seitdem haben wir die Jahrzehnte der Teilung und das Geschenk eines nochmaligen Neubeginns erlebt. Und wir spüren deutlich: Dieser Neubeginn ist noch nicht abgeschlossen. Die innere Einheit ist noch nicht vollendet, die innere Einheit Deutschlands so wenig wie die innere Einheit dieser Stadt. Wir fragen aufs neue nach Maßstäben, an denen wir uns ausrichten können. Wir fragen nach Wertmaßstäben, die uns Ältere mit der jungen Generation verbinden können. Und wieder merken wir: Die Antwort ist älter als die Frage. Wir brauchen beides: Gottesliebe und Nächstenliebe. Wir müssen uns wieder so sehen lernen, wie Jesus uns sieht: Wir sind unter Gott, wir leben neben unseresgleichen, wir existieren auf Gottes Erde. Den Gott über uns respektieren wir, wenn wir sein Wort gelten lassen und ihm allein die Ehre geben, ihm, der das Leben schenkt und nimmt, der Schuld straft und vergibt, der uns Jesus zum Bruder gab und durch ihn unser Gebet erhört. Den Nächsten neben uns lieben wir, wenn wir erkennen: Nicht jeder Nächste braucht dasselbe, aber jeder Nächste braucht einen Nächsten. Wie ich selbst. Die Liebe zum Nächsten achten wir, wenn wir die gleiche Würde jedes Menschen als Grundlage unserer politischen Ordnung achten, ohne jeden Vorbehalt. Gottes Erde, auf der wir leben, bewahren wir, wenn wir sorgsam umgehen mit dem, was Gott uns anvertraut. Klar ist der Weg, auf den Gott uns stellt. In einer Zeit des Wertwandels können wir wissen, auf welche Werte Verlaß ist. Laßt uns lieben, denn Gott hat uns zuerst geliebt. Amen.

((vakat))

*Plenarsaal  
des  
Abgeordnetenhauses von Berlin*

*Tondokumentation*

Ansprache des Alterspräsidenten der  
Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin

**Adolf Wuschik**

am 26. November 1946

Meine Damen und Herren! Als Alterspräsident eröffne ich hiermit die erste Sitzung der am 20. Oktober gewählten Stadtverordnetenversammlung. Erlauben Sie mir zunächst einige Worte der Begrüßung.

Meine Damen und Herren! Die Aufnahme der Arbeit durch die Berliner Stadtverordnetenversammlung ist ein bedeutsames historisches Ereignis, das eine neue Periode in der Geschichte unserer Stadt einleitet. Jetzt, nach mehr denn 13 Jahren, hatte die Berliner Bevölkerung zum ersten Mal die Möglichkeit, ihrem politischen Willen durch Wahl Ausdruck zu verleihen. Dieser fand in der Zusammensetzung dieser Versammlung seinen Ausdruck.

Es beginnt nun für uns eine Periode schwerer Arbeit. Nie hat ein Parlament vor so geradezu ungeheuerlich schweren Aufgaben gestanden wie das gegenwärtige. Man könnte beinahe glauben, daß die Durchführung der gestellten Aufgaben hoffnungslos wäre. Aber wer die Berliner mit ihrem nie versagenden Optimismus, ihrem Humor und ihrer Energie kennt, der weiß, daß sie auch diese ungeheuer schwere Arbeit meistern werden.

Daran möchte ich noch die Hoffnung knüpfen, daß nicht etwa in kurzer Zeit zehntausend fleißige Hände in den Fabriken aus Mangel an Rohstoffen und Kohle feiern müssen.

Besonderer Dank gebührt auch den Frauen, die in so selbstloser Weise trotz karger Rationen im Wiederaufbau mitarbeiten. Bedauern muß man aber immer wieder, daß darunter die Frauen der prominenten Nazis und Kriegsverbrecher nicht zu finden sind. Diese können leider auch heute noch ihr Wohlleben fortsetzen.

Ich möchte ferner einer Sehnsucht Ausdruck verleihen, die nicht allein in Berlin, sondern in ganz Deutschland Millionen Herzen bewegt: daß die Kriegsgefangenen endlich wieder zu ihren Eltern, Frauen und Kindern zurückkehren möchten.

Sie haben die Kultur anderer Völker erlebt, und diese Erfahrungen können auch bei unserem Neuaufbau uns große Dienste leisten. Auch den Flüchtlingen, die von Haus und Hof vertrieben sind, muß geholfen werden.

Gemeinsam wollen wir den Kampf gegen Hunger, Wohnungsnot und für die Hebung der Volksgesundheit aufnehmen. Wir wollen alles daran setzen, daß der ungeheure Mangel an Kleidung behoben wird und daß die Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterial gesichert wird. Unser besonderes Augenmerk wollen wir dem Ausbau unserer Schulen und wissenschaftlichen Institute zuwenden. Berlin muß wieder der geistige Mittelpunkt Deutschlands und darüber hinaus werden. Wir wollen nicht nur gute Deutsche sein, sondern auch gute Europäer werden.

Die Wahl war ein machtvolles Bekenntnis zur Freiheit und Demokratie gegen jede Diktatur und hat darum in der Welt den stärksten Widerhall gefunden.

*Begrüßung und Ansprache*

Prof. Dr. Herwig Haase

Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Sehr verehrte Frau Präsidentin Limbach! Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister! Eminenzen und Exzellenzen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sozialdemokrat Adolf Wuschik hat mit diesen, uns heute noch ergreifenden Worten die erste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach dem Zweiten Weltkrieg eröffnet.

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserem heutigen Festakt aus Anlaß des 50. Jahrestages des parlamentarischen Neubeginns in unserer Stadt. Wir haben uns hier versammelt, um der mutigen Frauen und Männer der ersten Stunde zu gedenken. Persönlich danken können wir zwei ehemaligen Stadtverordneten: der Stadtältesten von Berlin, Frau Dr. Ella Barowsky, die nachher noch zu uns sprechen wird, und Herrn Hugo Kielgast, der aus diesem Anlaß mit seiner Frau in seine alte Heimatstadt zurückgekehrt ist. Beide heiße ich herzlich willkommen!

Wir sind aber auch zusammengekommen, um über die Geschichte unserer Stadt nachzudenken und Schlußfolgerungen zu ziehen für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen. Deshalb freue ich mich, daß die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Frau Prof. Dr. Jutta Limbach, die Festrede halten wird. Sehr verehrte Frau Präsidentin, ich begrüße Sie hier gleichfalls sehr herzlich.

I.

Am Dienstag, dem 26. November 1946, fand im Neuen Stadthaus an der Parochialstraße die konstituierende und damit 1. Ordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin statt. Anwesend waren die Vier Alliierten, und der Alterspräsident verlas ein Schreiben der Alliierten Kommandantur, die diesen „Tag der Wiedereinführung der Selbstverwaltung“ als einen wahr-

lich „historischen Tag“ würdigte. Ich begrüße deshalb die heute hier anwesenden Vertreter und Leiter der Außenstellen Berlin der Botschaften, Ihre Exzellenz Diane Corner, seine Exzellenz John A. Barcas, seine Exzellenz Valentin Koptelzew und seine Exzellenz Gérard Pruvost.

Den anwesenden 129 Stadtverordneten – es fehlte allein der über Berlin damals schon bekannte Jakob Kaiser, der sich außerhalb der Stadt zu politischen Gesprächen aufhielt – nahm der Oberbürgermeister folgende Verpflichtungsformel ab:

Ich verpflichte Sie, daß Sie als Stadtverordneter von Groß-Berlin Ihre amtlichen Obliegenheiten jederzeit gewissenhaft zum Wohle unserer Stadt und ihrer Bevölkerung erfüllen werden.

Die Stadtverordneten wählten nach der Stärke der Fraktionen Dr. Otto Suhr zum Vorsteher – einstimmig durch Akklamation, d. h. sie erhoben sich von ihren Sitzen – sowie Dr. Walther Schreiber zum ersten und Ottomar Geschke zum zweiten Stellvertreter. Darüber hinaus wurden die Geschäftsordnung vom 25. Oktober 1923 vorläufig übernommen und der Donnerstag als ordentlicher Tag der seit 1847 – also seit fast 150 Jahren – öffentlichen Sitzungen festgelegt.

Festhaltenswert bleibt für unsere Arbeit gerade in diesem Haus, in dem 1918 auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte nach leidenschaftlicher Diskussion die Entscheidung gefallen war, in Deutschland eine parlamentarische Demokratie zu errichten, der unbeugsame Wille zum Neuanfang.

Dr. Otto Suhr erinnerte an die „Hausknechtsparagraphen“ der Geschäftsordnung, vor allem aber daran, daß die Stadtverordneten vor 1933 „nicht immer demokratische Vorbilder“ waren, „mangelnde Disziplin“ und Uneinigkeit in den Grundüberzeugungen der Demokraten – das Versagen des Parlamentarismus – der nationalsozialistischen Diktatur den Weg bereitet hätten. Die Erstickung der Demokratie, die Entfesselung eines furchtbaren

Krieges mit Zerstörung der Stadt und unendlichem Leid für ihre Bevölkerung sowie die Vernichtung des jüdischen Lebens in der Stadt bleiben eine schwere Hypothek unserer Stadtgeschichte. Damals war nicht zu erhoffen, daß in diesen Trümmern wieder ein Zusammenleben möglich sein könnte. Deshalb begrüße ich besonders herzlich in unserer Mitte den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Herrn Jerzy Kanal.

Unsere Stadtgeschichte zeugt von mutigen Neuanfängen nach Bränden, Pest-Epidemien und Kriegsverwüstungen. Aber wieviel menschliches Leid hätte unserer Stadt erspart bleiben können, wenn 1946 alle Mitglieder des Berliner Parlaments in ihrem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie einig geblieben wären.

Nach dem gemeinsamen demokratischen Neubeginn vor 50 Jahren und den dann über vier Jahrzehnte so gegensätzlichen Auffassungen über die Grundlagen des Staates bin ich heute davon überzeugt, daß wir durch unsere bitteren Erfahrungen gelernt haben. Diesen gesellschaftlichen Konsens über die Gestaltung der parlamentarischen Demokratie gilt es zu bewahren.

Der Parlamentarismus bleibt die von uns selbst auszufüllende Herausforderung gerade auch in einer Zeit des Umbruchs und des Aufbruchs. Dieses sind immer Zeiten der Ungerechtigkeit. Und deshalb müssen wir sie so kurz wie möglich halten – um der Bürger und der Gerechtigkeit willen. Parlamentarismus bleibt Bekenntnis zu Pluralität und Gewaltenteilung zwischen Gesetzgeber, Regierung und Justiz. Es bleibt unsere vornehmste Aufgabe, allen Bürgern die Entscheidungen, Abläufe und Verfahren verständlich zu machen, vor allem aber, sie einzubeziehen und zum Engagement für unsere Gesellschaft zu motivieren.

Der freiheitliche Gesellschaftsentwurf hat sicherlich den Nachteil, daß Veränderungen und Reformen nur zögerlich und erst dann umgesetzt werden, wenn der Problemdruck groß genug ist.

Hierin liegt aber zugleich auch die Garantie für den Schutz der Grundrechte, vor allem der Meinungs-, Presse- und Redefreiheit. Das Bekenntnis zu diesen Werten bleibt das Fundament des freiheitlichen Staates und ist durch die wechselseitige Kontrolle der voneinander unabhängigen Gewalten allein zu bewahren.

Hierin wächst dem Parlament eine grundlegende Verantwortung und Aufgabe zu, weil es den politischen Ansichten nicht bloß Raum und Forum gibt, sondern – wichtiger noch – aus der Summe individueller Standpunkte mehrheitsfähige Beschlüsse entstehen. Diese Entscheidungen sind das Ziel der parlamentarischen Arbeit ebenso wie die Kontrolle der einer Regierung auf Zeit gegebenen Macht. Das Parlament ist somit Verfahrensgemeinschaft, Diskussionsgemeinschaft, Entscheidungs- und Kontrollgemeinschaft. Nur wenn wir den Konsens der politischen Kräfte darüber erhalten, bewahren wir die Gesellschaft davor, Konflikte unmittelbar und unkontrolliert auszutragen. Die Qualität einer offenen Gesellschaft erweist sich nicht zuletzt in dem Verfahren und in dem Niveau ihrer Streitkultur.

Berlin war immer Brennpunkt des Neuen, Stadt der politischen Zuspitzung und der Kritik, zugleich aber auch ein Forum des Lernens und der Erfahrung, Konflikte zu ertragen und auszutragen und dabei den Konsens in Grundüberzeugungen, in Rechten und Pflichten zu bewahren. Insofern teile ich die Einschätzung von Wolfgang Haus, der heute gleichfalls hier anwesend ist, der in seiner „Geschichte der Stadt Berlin“ schreibt:

„Berlin, jahrhundertlang eine Stadt wie viele im mittleren Europa, bot später ein Beispiel dafür, daß Städte zur Vorform des modernen Staates, schließlich auch des Verwaltungs- und Sozialstaates wurden. Die Mischung seiner Einwohnerschaft durch herbeigerufene Zuwanderer kennzeichnete Berlin. Die Lebendigkeit des Berliners, seine Nüchternheit und Skepsis gehen mit darauf zurück: Anderes Denken und Fühlen, fremde Lebensweisen und neue Fertigkeiten hat man hier eher aufgenommen als anderswo, überstandene Gefahren nicht so schnell vergessen.“

Deshalb haben wir heute Anlaß, uns selbstbewußt zu erinnern, daß das Abgeordnetenhaus von Berlin die Herausforderungen der 50jährigen Nachkriegsgeschichte angenommen und bewältigt hat.

So verbindet sich die Erinnerung mit Zuversicht und Optimismus. Ich verbinde damit meinen besonderen Dank an die Vorgängerinnen und Vorgänger im Amt, insbesondere an die hier anwesenden: Herrn Walter Sickert, Präsident von April 1967 bis April 1975, Frau Bürgermeisterin Dr. Christine Bergmann, Vorsteherin der letzten und frei gewählten Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1990, und Frau Dr. Hanna-Renate Laurien, erste Präsidentin des Abgeordnetenhauses im wiedervereinigten Berlin in den Jahren 1991 bis 1995. Herzlichen Dank!

In diesen Dank beziehe ich auch mit ein den heute hier anwesenden ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Klaus Schütz.

## II.

Die eingangs gehörte Rede des 76jährigen Alterspräsidenten Adolf Wuschik hat uns einen Eindruck der Aufbruchsstimmung vermittelt, die damals – 18 Monate nach dem Kriegsende – in Berlin herrschte. In einer weitgehend zerstörten Stadt – der größten Trümmerwüste der Welt – kämpften die Menschen Tag für Tag ums Überleben. Für jeden einzelnen von ihnen ging es um Nahrung, Kleidung und Unterkunft. Viele Familien waren auseinandergerissen, suchten ihre Angehörigen, warteten auf die Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Ich habe zwar keine persönliche Erinnerung an diese Zeit, denn ich befand mich im 2. Lebensjahr. Aber ich weiß, es waren die Mütter, Großmütter und Tanten, denen wir unser Überleben verdanken. Es war die Stunde der Frauen, die Hamsterfahrten organisierten, an Grünlandaktionen teilnahmen und als Trümmerfrauen die ersten Aufräumarbeiten begannen.

„Ohne die Frauen“, – so schreibt Erich Kuby –, „ohne die Frauen wäre das Leben in Berlin im April '45 erloschen.“

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat am 22. November 1996 mit einer gesonderten Veranstaltung diese Leistungen gewürdigt und dabei eine Dokumentation über Frauenpolitik und politisches Wirken in dieser Zeit der Öffentlichkeit vorgestellt.

War 1946 überhaupt noch Platz für Politik und parlamentarische Auseinandersetzung? – Diese Frage haben die Berlinerinnen und Berliner ganz eindeutig beantwortet: Über 92 % beteiligten sich an der Wahl am 20. Oktober 1946.

Die Zustimmung der Vier Alliierten zu dieser nach 13 ½ Jahren – im März 1933 – ersten und für 44 darauffolgende Jahre letzten gemeinsamen Wahl hatte sicherlich sehr unterschiedliche Motive: Aus der Sicht der sowjetischen Militärbehörden bestand die Hoffnung, die ihnen nahestehende Partei werde die Mehrheit im Stadtparlament erhalten und damit die Schaltstellen der Verwaltung in der Hand behalten. Die westlichen Alliierten verbanden mit dieser ersten freien Wahl einen Vertrauensvorschuß und die Erwartung, daß sich die Menschen in Berlin nach ihren bitteren Erfahrungen mit einer Diktatur zu Freiheit und Demokratie bekennen würden. Auch das hatte der amerikanische Außenminister Byrnes in seiner Stuttgarter Rede am 6. September 1946 signalisiert.

Das Ergebnis dieser entscheidenden Wahl ist bekannt: „Nie wieder gab es eine offene Feldschlacht mit Demokraten“, schreibt Manfred Rexin. Gleichwohl sahen sich alle vier Parteien als Gewinner: Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ erschien am 22. Oktober mit der Schlagzeile: „Großer Wahlsieg der SED in der Zone“ und kommentierte die 19,8 % dahin gehend, daß sich wie am Anfang und Ende der Weimarer Zeit „jetzt, 1946, in Berlin ein dritter Stimmenrutsch in das Lager der sozialen Opportunisten“ vollzogen habe.

Die SPD (48,7 %) sah in der Wahl eine „Absage an alle Totalitätsansprüche“ und ein „Ereignis von geschichtlicher Bedeutung“. Für die CDU (22,2 %) war das Ergebnis ein „entscheidender Schritt vorwärts auf dem Wege der Demokratisierung des deutschen Volkes“, für die Liberaldemokraten (9,3 %) ein „Spiegelbild des Volkswillens“.

Otto Suhr verdeutlichte in seiner Antrittsrede, daß parlamentarische Auseinandersetzung nicht Selbstzweck sein darf, sondern mit Pragmatismus zu verbinden ist:

„Die Stadtverordnetenversammlung muß durch ihre Arbeit ein Beispiel demokratischer Lebensformen und Regierungsmethoden geben, nicht nur weil sich ihre Arbeit unter der Kontrolle der Alliierten Kommandantur abspielt, nicht nur weil sie im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit steht, sondern besonders deshalb, weil sie der Berliner Bevölkerung, vor allem der Jugend, einen lebendigen Beweis für echte Selbstverwaltung geben soll. Wir werden dieses Ziel um so eher erreichen, je mehr die erste Stadtverordnetenversammlung zu einem echten Parlament sachlicher Auseinandersetzung wird, in dem sich das geistige Ringen um die politische Neugestaltung der Berliner Verwaltung widerspiegelt.

Gemeinsamkeit des Willens und der Ziele bedeutet aber keineswegs Einheitlichkeit der Anschauung, im Gegenteil. Aber die Auseinandersetzung muß im gemeinsamen Willen so fruchtbar sein, daß sie die Erreichung des Zieles fördert.“

Der Appell Otto Suhrs ist heute so aktuell und richtig wie damals. Seine Worte belegen, daß er die Herausforderungen und Chancen kannte, die mit dem Neubeginn verbunden waren.

Dieser gemeinsame Neubeginn war nur von kurzer Dauer. Bald schon befanden sich die Berlinerinnen und Berliner wieder an einem Brennpunkt internationaler politischer Auseinandersetzungen. Hier trafen zwei gegensätzliche Werte- und Gesellschaftssysteme aufeinander.

Hier manifestierte sich über Jahrzehnte hinweg die Ost-West-Konfrontation am deutlichsten und schmerzlichsten.

Stichworte wie Blockade, Berliner Mauer und Vier-Mächte-Abkommen weisen auf die dramatischen Auseinandersetzungen um den Status der Stadt ebenso hin, wie der Volksaufstand am 17. Juni 1953, die Symbolkraft des Rathauses Schöneberg und der Fall der Mauer den Freiheitswillen der Berliner Bürgerschaft dokumentieren.

### III.

Im April 1993 – nun wieder als Parlament aller Berliner – zog das Abgeordnetenhaus hierher in das Gebäude des ehemaligen Preussischen Landtags, mitten in das Herz der Stadt. Die politischen Debatten in diesem Haus haben – gewissermaßen durch die Lage des Gebäudes ortsbedingt – immer den Bezug zur Geschichte.

Gelegen zwischen den Resten der Berliner Mauer und der Topographie des Terrors, die uns an unsere Vergangenheit erinnern, und dem Potsdamer Platz mit seinen Bauten und Ahnungen der Ausstrahlungen des neuen Berlins, ist dieses Haus ein Symbol der Einheit unserer Stadt und des Zusammenwachsens seiner Bürgerschaft.

Die Menschen in der zusammenwachsenden Stadt verfügen über eine Erfahrung von unschätzbarem Wert: Die Orientierung der Berliner im Ostteil der Stadt auf die Länder Mittel- und Osteuropas fand ihre Entsprechung im Westteil der Stadt durch die Hinwendung nach Westeuropa und Amerika. Während in Berlin die Biographien der Menschen von der „richtigen“ Straßenseite abhängen konnten und man voneinander relativ wenig wußte – sich in dieser „Doppelstadt“ auch auseinanderlebte –, entstanden über zwei Generationen feingesponnene Netze wirtschaftlicher und kultureller Kontakte in die geteilten Hälften Europas. In Berlin leben wie in keiner anderer deutschen oder europäischen Stadt Menschen mit profunden Kenntnissen und Erfahrungen aus Ost und West zusammen. Es sind – wie so oft in der Geschichte der Stadt – die Menschen der größte, der personale Standortvorteil Berlins.

Die deutsche Einheit hat die persönliche Lebenssituation vieler Menschen grundlegend verändert. Wir sollten nicht vergessen, daß die heutigen Probleme aus der jahrzehntelangen Teilung resultieren.

Wir sollten uns immer daran erinnern, daß die Bürger im östlichen Teil unseres Landes die Einheit durchgesetzt haben. Ihre friedliche Revolution von 1989, der Triumph des Unerwarteten, war eine historische Leistung.

Zu Recht hat Bundespräsident Herzog auf die Zivilcourage der Bürger hingewiesen:

„Dieser Mut, der die friedliche Revolution von 1989 möglich machte, gehört mittlerweile zu den besten Erinnerungen unseres Volkes. Unsere Demokratie hat dadurch eine entschiedene Stärkung erfahren.“

Meine Damen und Herren, unsere Mitbürger im östlichen Teil Deutschlands haben bereits eine wesentliche Vorleistung zur deutschen Einheit erbracht. Mit ihrem unerschrockenen Eintreten für Freiheit und Selbstbestimmung haben sie den Weg zur Einheit bereitet.

Jetzt geht es darum, die Herausforderungen der deutschen Einheit anzunehmen – gemeinsam anzunehmen! Das Berliner Abgeordnetenhaus ist der Ort der Auseinandersetzung. Unsere gemeinsam zu tragende Verantwortung ist das Fundament.

Gerade in schwierigen Zeiten erwarten die Berlinerinnen und Berliner zu Recht von ihren Parlamentariern, daß wir die Zukunft der Stadt mit Mut und Zuversicht gestalten. – Vielen Dank!

*Rede*

**Frau Dr. Ella Barowsky**

Stadälteste von Berlin

Mitglied der 1. Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin

Herr Präsident des Abgeordnetenhauses! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir gedenken heute der konstituierenden Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung vor 50 Jahren, die die Berliner unter dem Regime von vier Besatzungsmächten gewählt hatten nach der 12jährigen Diktatur der Nazis, von der wir durch einen beispiellosen militärischen Zusammenbruch befreit worden waren. Es war die Stadtverordnetenversammlung von Berlin, der alten Reichshauptstadt. Diesen Charakter hatten auch die Siegermächte anerkannt, indem sie die Stadt als Vier-Mächte-Stadt aus der Verwaltung der Besatzungszonen heraushoben. Die Aufrechterhaltung dieses Status machte später einen wichtigen Teil der Auseinandersetzungen des kalten Krieges aus. Diese Stadtverordnetenversammlung hatte sich damals hauptsächlich damit zu beschäftigen, die große materielle Not der Bürger in allen vier Sektoren zu lindern.

Es galt, einigermaßen die Versorgung mit Lebensmitteln nach einem Bezugskartensystem in fünf Gruppen und mit Heizungsmaterialien zu sichern, Wasser-, Gas- und Stromzufuhr und ein Mindestmaß an öffentlichem Verkehr wiederherzustellen. Trotzdem empfanden die Stadtverordneten den viel weitergehenden Auftrag, mitzuhelfen, daß ganz Deutschland nach der politischen Verwüstung in den Kreis der demokratischen Nationen zurückkehren könnte.

Entgegen jeder aktuellen Wahrscheinlichkeit hatten wir Stadtverordneten ein nicht durch Zonengrenzen geteiltes Deutschland im Sinn.

Ausrichten konnten wir nicht viel. Auch der nach der vorläufigen Verfassung gewählte Magistrat, in dem alle vier Parteien entsprechend ihrem Wahlergebnis vertreten waren, bedurfte für jede Maßnahme der Zustimmung aller vier Mächte in der Kommandantur, die sehr oft versagt wurde.

Neben der Beschäftigung mit der Not des Tages pflegte die Versammlung erstaunlich viele Grundsatzörterungen, die die Unterschiede der politischen Programme der Parteien zeigten, in denen die Parteien mehr im Visier hatten als nur Kommunalpolitik. Wir fühlten uns beinahe als ein deutsches Parlament, merkten aber sehr bald, daß Berlin im Brennpunkt einer neuen weltpolitischen Auseinandersetzung stand. In der Stadtverordnetenversammlung wurden die Angriffe der SED gegen die demokratischen Parteien immer heftiger und führten schließlich zu dem organisierten Tumult vor dem Neuen Stadthaus am 23. Juni 1948 und schließlich zur Spaltung der Stadt.

Als wir heute vor 10 Jahren ebenfalls dieser 1. Stadtverordnetenversammlung gedachten, war unser Berlin noch durch die Mauer geteilt, und wir trafen uns im Rathaus Schöneberg.

Heute haben wir das Glück, endlich wieder in der nicht mehr durch die Mauer geteilten Stadt, sondern in der Mitte des vereinten Berlins zusammenzukommen, um des Ereignisses vor 50 Jahren zu gedenken.

Wir leben in einer politisch völlig veränderten Welt. Die Vereinigung verdanken wir dem Freiheitswillen unserer Landsleute, der beharrlichen, friedlichen Opposition von Bürgerrechtlern mit ihren symbolträchtigen waffenlosen Demonstrationen. Ihren Freiheitswillen haben unsere Landsleute schon früher bewiesen, nicht wenige haben ihren Mut mit dem Leben oder der Freiheit bezahlt. Ich denke auch an den Aufstand vom 17. Juni 1953, der von Berlin ausging.

Die Aktionen der Bürgerrechtler waren von politischen Veränderungen im Warschauer Pakt begleitet, so vom Freiheitswillen der polnischen Solidarnosc, von Gorbatschows neuem Denken, der die Sowjetunion von dem verkrampften stalinistischen Dogma befreite. Er gab liberalerem Denken Raum – im Gegensatz zur dogmatischen Halsstarrigkeit der DDR-Führung. Berlin hat deshalb Gorbatschow zu seinem Ehrenbürger gemacht.

Nicht vergessen werden darf die Hilfe Ungarns, das durch die Öffnung seiner Grenze flüchtenden DDR-Bürgern den Weg in die Freiheit öffnete.

Das vereinte Deutschland, auch Berlin tut sich schwerer mit dem Zusammenwachsen dessen, was zusammengehört, schwerer als die euphorische Freude über den Fall der Mauer erwarten ließ. Bei vielen unserer Mitbürger in den sogenannten neuen Ländern hat sich Enttäuschung ihrer sehr hoch gespannten Hoffnungen breitgemacht. Sie haben unerwartete Veränderungen und Schwierigkeiten in ihrem täglichen Leben zu bewältigen.

Durch die einzigartige Prozedur, die staatliche Planwirtschaft in unsere soziale Marktwirtschaft umzuwandeln, wurden Betriebe rationalisiert oder geschlossen, das führte zu einer in der Staatswirtschaft nicht gekannten Arbeitslosigkeit. Die kaufkräftige und konvertible D-Mark erlaubte unseren Landsleuten den Kauf von Westwaren und vor allem das ersehnte Reisen in den Westen, es schwächte aber die Konkurrenzfähigkeit ihrer eigenen Wirtschaft. Auch begegnen unsere Landsleute der Marktwirtschaft in einer Strukturkrise, in der auch die westliche Wirtschaft mit gefährlicher Arbeitslosigkeit kämpft. All das muß intellektuell und emotional verkraftet werden.

Trotz allem Bemühen, keine Fremdheit zwischen uns Deutschen, die wir in so grundverschiedenen politischen Systemen lebten, während der 40jährigen Trennung aufkommen zu lassen, sondern das Bewußtsein der geschichtlich gewachsenen Einheit und Zusammengehörigkeit zu erhalten, hat die große Verschiedenheit der politischen Erfahrungen, des täglichen Lebens und der einzelnen Lebensschicksale das gegenseitige Verstehen erschwert.

Dennoch wird das Bild des Fremdseins häufig viel zu schwarz gemalt, man labt sich förmlich an der Vorstellung von der Mauer in den Köpfen und übersieht dabei gern, daß Berliner aus Ost und West die persönliche Begegnung suchen und ihre Ansichten austauschen.

Wir nehmen im Westen zur Kenntnis, daß unsere Landsleute im Osten unter schweren Bedingungen ihr Land wieder aufgebaut haben, das ebenso wie der Westen durch den Hitler-Krieg verwüstet war.

Wenn wir jetzt von „neuen Ländern“ reden, dürfen wir nicht vergessen, daß diese Gebiete Kernländer deutscher und europäischer Kultur sind. Das macht ja das Glück der Vereinigung aus! Das gilt übrigens auch für die angrenzenden Nachbarn wie Polen, Tschechien und Ungarn und schließlich auch das Baltikum.

Wir sollten gemeinsam unsere Geschichte, die ältere und die gerade erst erlebte, aufarbeiten, damit wir vor einer zweiten „unbewältigten Vergangenheit“ bewahrt bleiben.

Nostalgie hilft gar nicht, sie verhindert die notwendige Analyse, anstatt sie für Zukunftsentscheidungen nutzbar zu machen.

Doch nun muß endlich von Berlin die Rede sein, das jetzt seine Rolle als Hauptstadt Deutschlands, der vereinten Bundesrepublik, wieder übernimmt. Berlin wartet darauf, daß die Bundesorgane hier ihren Sitz nehmen, daß die deutsche Politik wieder von hier aus gestaltet wird. Berlin ist deutsche Hauptstadt seit Bestehen eines deutschen Reiches gewesen. Für alle Regierungen der „alten Bundesrepublik“ ist die stets als solche bezeichnete alte Hauptstadt Berlin ein Symbol ihrer auf Vereinigung zielenden Deutschlandpolitik gewesen. Die DDR hat den in ihrem Herrschaftsbereich gelegenen Teil der Stadt als ihre Hauptstadt in Anspruch genommen. Die Erfüllung des Bundestagsbeschlusses über den Umzug der Bundesorgane nach Berlin bestätigt die Glaubwürdigkeit deutscher Politik.

Doch nicht nur die Bonner, auch wir Berliner sind gefordert, mit der nötigen Initiative an die Aufgabe heranzugehen, Berlin wieder zur hauptstädtischen Metropole in Europa zu machen. Man sucht nach einem Leitbild, das trotz der finanziellen Misere als Kompaß für die gesamte Berliner Politik dienen könnte. Nun nehme ich selbst den Vorwurf der Nostalgie in Kauf, wenn ich sage, daß

Berliner meiner Generation an das Berlin der sogenannten „goldenen zwanziger Jahre“ denken. Es waren keineswegs goldene Jahre. Die Weimarer Republik stand ja nicht nur unter dem schweren wirtschaftlichen Druck, die Folgen des Ersten Weltkrieges und einer unvorstellbaren Inflation zu überwinden. Während der ganzen kurzen Zeit ihres Bestehens wurde sie von ihren innenpolitischen Gegnern bekämpft. Sie hat trotzdem eine Aufbau- und Modernisierungsleistung erbracht.

Ich bedauere, daß man von dieser Phase unserer Geschichte meistens nur die Katastrophe ihres Endes durch die Hitler-Diktatur im Blick behält.

Für Berlin waren diese Jahre dennoch goldene, und zwar allein durch das blühende kulturelle Leben. Berlin war ein Magnet für Menschen aus aller Welt, die an der berühmten Berliner Universität, der heutigen Humboldt-Universität, studierten – das war übrigens auch meine Alma mater. Die Berliner Bühnen boten klassische Aufführungen in höchster Vollendung, vor allem verhalfen sie der Moderne zum Durchbruch. Berühmt war Berlins Musikleben. Berlin war Metropole des Zeitungswesens mit einem höchst anspruchsvollem Journalismus.

Berlin war Zentrum von Wissenschaft und Kunst und der geistigen Auseinandersetzung schlechthin. Deshalb zog es nicht nur Touristen an, sondern wurde einer geistigen Elite zum Lebensmittelpunkt. Berlin war eine weltoffene Metropole und hatte doch auch einen ganz eigenen berlinischen Charakter bewahrt. Einen herausragenden Beitrag zur kulturellen Blüte hatte Berlin seinen jüdischen Bürgern zu verdanken. Ihre wissenschaftlichen Leistungen an unseren Hochschulen, ihr Wirken auf allen künstlerischen Gebieten, der Literatur, Musik, dem Theater, im Journalismus, schließlich auch ihr Mäzenatentum und vielfältiges soziales Engagement können nicht hoch genug eingeschätzt werden, ebenso wie ihre Kompetenz in der Wirtschaft. Die Vertreibung, ja schließlich Ermordung der Juden lastet als schrecklicher moralischer Makel auf uns, sie hat auch einen Aderlaß an der deutschen Kultur bewirkt, von dem wir uns bis heute nicht ganz erholt haben.

Um so glücklicher muß Berlin sich heute schätzen, daß es wieder eine große jüdische Gemeinde in Berlin gibt – das ist keine Selbstverständlichkeit. Das beweist, daß Juden Vertrauen in unsere demokratische Entwicklung gewonnen haben. Die großzügige Leihgabe der Sammlung von Berggruen, die wertvollste Stücke der klassischen Moderne enthält, beweist eine Treue zu Deutschland und speziell zu Berlin, für die wir in Erinnerung an die nazistischen Verbrechen nur große Dankbarkeit, Bewunderung und Scham empfinden können.

Diese Treue zu Berlin bestätigt, wie stark das Kulturleben der 20er Jahre mit geprägt war durch die jüdischen Bürger, die sich im geistigen Klima Berlins zuhause fühlten.

Mit meinem Rückblick hoffte ich, deutlich zu machen, aus was für Quellen hauptstädtischer Geist und das Flair einer Metropole schöpft. Es ist ihre kulturelle Substanz, die schließlich auch ihre wirtschaftliche Leistung bestimmt.

Die Hauptstadt unserer vereinten Bundesrepublik wird anders sein, als es die Reichs- und preußische Hauptstadt der Weimarer Republik war.

Die Bundesrepublik ist sehr viel föderalistischer, als die Weimarer Republik war. So beherbergen andere wichtige Zentren Deutschlands Institutionen, deren Sitz in der Reichshauptstadt war – um nur eine zu nennen: die Deutsche Bundesbank im Bankenzentrum Frankfurt/Main. Berlin muß erst wieder Sitz wirtschaftlicher Entscheidungszentren werden, seine Bedeutung als moderner Wirtschaftsstandort wiedergewinnen und ein Zentrum globaler Begegnung für alle Bereiche unseres modernen Lebens werden; für Wissenschaft und Kunst, Technik und Wirtschaft, Bildung und Ausbildung.

Die geographische Nähe Berlins zu den östlichen Nachbarn Deutschlands ist ein guter Ausgangspunkt für die deutsche Europapolitik, die – fest eingebunden in ihre bewährten Bündnisse und in die europäischen Institutionen – darauf zielt, diese

Nachbarn nach Europa zu führen, zu dem sie nach Geschichte und Mentalität gehören und von dem sie nur durch den Machtanspruch zweier Diktaturen getrennt wurden.

Noch ist Berlin eine einzige große Baustelle. Der Wiederaufbau der historischen Mitte wird lebhaft diskutiert: historische Rekonstruktion oder modernes Bauen?

Ich sehe die Aufgabe darin, die mit starken Gefühlswerten verbundene Tradition zu bewahren, sie aber nicht zum alleinigen Maßstab zu machen. Aber wem gelingt wohl der geniale Wurf, Tradition und Moderne harmonisch zu verbinden?

Der Rückblick auf 50 Jahre ist auch ein Rückblick auf 50 Jahre Frieden, ein Glück, das uns in vielen Generationen nicht beschert war. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien war ein furchtbares Menetekel. Wir verdanken den Frieden der Absage an hybriden Nationalismus, dem glaubwürdigen Bekenntnis zur rechtsstaatlichen Demokratie und der vertrauensvollen internationalen Zusammenarbeit. Ausgehend von unserer Hauptstadt Berlin müssen dies auch in Zukunft die Leitlinien deutscher Politik sein. – Ich danke für Ihre freundliche Aufmerksamkeit!

*Festansprache*

„Berlin – Stadtstaat und Hauptstadt in Europa“

**Frau Prof. Dr. Jutta Limbach**

Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts

Herr Präsident! Verehrte Volksvertreterinnen und Volksvertreter! Geachtete Repräsentanten der Hohen Geistlichkeit! Meine Damen und Herren! Wenn wir staatsrechtlich nur ein wenig großzügig sind, dann können wir feststellen, daß Berlins Geburt als Stadtstaat auf den Spätherbst des Jahres 1946 zu datieren ist. Am 20. Oktober 1946 trat nicht nur die Vorläufige, von der Alliierten Kommandantur erlassene Verfassung in Kraft. An diesem Tage wählten die Berlinerinnen und Berliner auch ihr erstes Parlament. Dieses konstituierte sich exakt vor 50 Jahren, und die heutige Feier, die dem 50. Geburtstag der Bundesrepublik um rund zweieinhalb Jahre vorausgeht, ruft uns allen in Erinnerung, daß die deutsche Staatlichkeit nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst in den Ländern wieder errichtet worden ist. Die wieder- oder neugegründeten Länder sind die tragenden Pfeiler des staatlichen Neuaufbaus gewesen. Die übergeordneten Behörden des Reichs und Preußens waren aufgelöst worden. Die Idee des zentralistischen Einheitsstaates war durch das totalitäre Schreckensregime der Jahre 1933 bis 1945 gründlich diskreditiert worden. Der Abschied von Preußen führte die Berliner – helle, wie sie nun einmal waren – rasch zu der Einsicht, daß ihr politisches Gemeinwesen nunmehr einen Stadtstaat darstelle. Die deutschen Länder – das sei betont – begriffen sich allerdings von vornherein als Glied eines zukünftigen demokratischen Deutschlands. So stand es auch im ersten Entwurf der Vorläufigen Verfassung von Berlin. Der endgültige Text entbehrte diesen Bezug auf eine künftige deutsche

Republik. Groß-Berlin, wie es in dieser Urkunde noch hieß, wurde als die für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin „alleinige berufene öffentliche Gebietskörperschaft“ charakterisiert. Erst seit der Verfassung des Jahres 1950 beschrieb und beschreibt sich noch heute Berlin als Land der Bundesrepublik und bekräftigte seinerzeit den Wunsch, die Hauptstadt eines geeinten Deutschlands zu bleiben. Doch schon während der Geburtswehen des Stadtstaats zeichnete sich ab, daß dieser Wunsch für lange Zeit ein Traum bleiben sollte. Denn in dieser Zeit wogte der Kampf um die Vereinigung von KPD und SPD zur SED, den ich als damals schon zwölfjährige Tochter eines Sozialdemokraten und Bürgermeisters von Heinersdorf als Zwangsvereinigung erlebt habe. Die Kundigen unter Ihnen wissen, daß das ein kleiner Ortsteil von Pankow ist. Man konnte auch seinerzeit noch – zumindest für eine gewisse Zeit – dieser Zwangsvereinigung widerstehen. Denn die Bezirksverwaltung Pankow wurde noch zwei Jahre von einem Sozialdemokraten geleitet. Im Frühjahr 1948 begann dann die Austreibung oder Unterdrückung der freiheitlich denkenden Menschen dieser Stadt.

Mit der ersten Wahl legten die Berlinerinnen und Berliner ein deutliches Bekenntnis zur Freiheit und Demokratie ab. Wahrscheinlich hat ihnen das die Sympathie und stete Unterstützung der Alliierten eingetragen. 93,3 Prozent der Bürgerinnen und Bürger traten den Gang zur Wahlurne an – eine für heutige Verhältnisse traumhafte Wahlbeteiligung! 80,2 Prozent der abgegebenen Stimmen – der Präsident hat es zu Recht betont – entfielen auf die demokratischen Parteien der CDU, der LDP und der SPD, die trotz – oder gerade wegen – der widerstandenen Werbung der KPD fast die Hälfte aller Stimmen errang. Die SED – das ist bereits gesagt worden – mußte sich mit 19,8 Prozent der Stimmen begnügen.

Diese nur für zwei Jahre gewählte Stadtverordnetenversammlung von 1946 mußte vornean die existentiellen Lebensgrundlagen Berlins sichern. Ihr oblag aber auch, eine neue Verfassung auszuarbeiten und zu verabschieden. Dabei wirkten die demokratischen Parteien unter der Federführung von Otto Suhr, dem damaligen Stadtverordnetenvorsteher, und des im Magistrat für Rechts-

fragen zuständigen Valentin Kielinger eng zusammen. Eine Magistratsverfassung wurde ebenso wie ein bloßes Organisationsstatut verworfen. Vielmehr entstand eine – nach unserem heutigem Verständnis – durchaus moderne Landesverfassung, die auch plebiszitäre Elemente aufwies und Volksentscheide ausdrücklich zuließ. Der Grundrechtsteil kannte sogar das Recht auf Arbeit, Wohnraum und auf Lebensunterhalt aus öffentlichen Mitteln für in Not Geratene. Die soziale Handschrift war in der Berliner Verfassung immer zu spüren. Und übrigens scheint niemand von den Berlinerinnen und Berlinern je auf die Idee gekommen zu sein, diese sozialen Staatszielbestimmungen als unmittelbar einklagbare subjektive Rechte zu begreifen.

In der Schlußabstimmung am 22. April 1948 verweigerte nur die SED die Zustimmung. Sie kritisierte vor allem die Gewaltenteilung als „undemokratisch“ – ein Strukturprinzip, ohne das wir uns heute eine moderne demokratische Verfassung überhaupt nicht mehr vorstellen können. Denn der Sinn dieses Prinzips von checks and balances ist ja doch gerade der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor einer übermächtigen Staatsgewalt.

Die Sowjetregierung versagte der Verfassung erwartungsgemäß ihre Zustimmung. Im Ostsektor der Stadt wurden Neuwahlen verboten. Um die Spaltung zunächst nicht zu vertiefen, sahen die drei westlichen Alliierten von einer separaten Bestätigung der neuen Verfassung ab. Doch nachdem die Sowjetunion ihren Machtbereich mit der Blockade auszuweiten versucht hatte, gaben die Westalliierten ihre Bedenken auf. Der Wunsch Berlins, damals als zwölftes Land der Bundesrepublik beizutreten, ließ sich jedoch mit dem Viermächtestatus nicht vereinbaren. So blieb das „Kleine Besatzungsstatut“, die Berliner erhielten in Bundestag und Bundesrat kein Stimmrecht. Bundesgesetze mußten stets eigens übernommen werden. Das kommt einem manchmal so vor, als sei das vor unvordenklichen Zeiten so gewesen, dabei liegt es doch knappe sieben Jahre zurück, daß wir – zwar noch im Schöneberger Rathaus – das eine oder andere Überleitungsgesetz miteinander beschlossen haben. Berlin war damit – wie es Bundespräsident Theodor Heuss beim Inkrafttreten der Verfassung am 1. Okto-

ber 1950 erklärte – zwar nicht im Rechtssinne, aber im Bewußtsein aller friedliebenden und freiheitsliebenden Deutschen das zwölfte Land der Bundesrepublik.

Unter dem Beistand auch Berliner Abgeordneter haben sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes für die Bundesstaatlichkeit entschieden. Die größere Sachnähe der entscheidenden Instanzen und die Vielfalt der zusammenarbeitenden Kräfte wurden als Vorzüge einer föderativen Regierungsform hervorgehoben. Die Regierungsarbeit sollte „näher an das Volk“ herangebracht werden. Der uns heute so wichtige Gedanke der Subsidiarität klang ebenfalls in der Debatte des Parlamentarischen Rates an. Carlo Schmid, dessen 100. Geburtstag wir in diesem Jahre feiern, war im Parlamentarischen Rat immer gern mit Maximen aus dem Schatz seines staatstheoretischen Wissens bei der Hand. Er bot hier zwei Maximen auf. Die erste sei, so meinte er: „Die Lebensinteressen des Ganzen dürfen nicht durch partikuläre Egoismen gefährdet werden.“ Die zweite laute: „Was das Land ohne Schädigung des Ganzen tun kann, soll es auch allein tun; denn es hat den Vorteil der Sachnähe.“

Gewiß sind – um das nüchtern zu konstatieren – nicht alle Blütenträume der Bundesstaatlichkeit gereift, wenn man das einmal aus der Warte der Länder sieht. Der Kreis der Aufgaben, die am besten im einzelnen Land erfüllt werden können, sind eng zusammenschmolzen. Nüchtern ist zu konstatieren, daß die Landesgesetzgebung im Vergleich zu der des Bundes auf ein Minimum zusammengeschrumpft ist. Treffend ist auch darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Bund die konkurrierende und die Rahmengesetzgebung extensiv ausnutzt. Aber wir alle wissen auch, daß diese vereinheitlichenden Tendenzen unseres Staatswesens der steigenden Bedeutung von Wirtschaft und Verkehr, von Steuerungs- und Verteilungsaufgaben geschuldet sind, die die Verpflichtung auf den sozialen Rechtsstaat und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse mit sich bringen.

Von einer Abenddämmerung der föderativen Idee kann gleichwohl keine Rede sein. Zum einen kommt der vollziehenden Gewalt, die weitgehend Sache der Länder ist, ein erheblicher

Stellenwert zu. Zum anderen wird der Verlust im Bereich der Gesetzgebung durch einen Ausbau der Mitwirkungsrechte der Länder an der Bundesgesetzgebung wettgemacht. Wir alle beobachten auch eine zunehmende Bedeutung des Bundesrates in der heutigen Verfassungswirklichkeit. Dessen Gewicht ist durch die im Grundgesetz verankerte Mitwirkung der Länder an der europäischen Gesetzgebung noch weiter verstärkt worden.

Weniger die vertikale als vielmehr die horizontale Gewaltenteilung wird ergänzt und gefördert. Das gewaltenteilte Zusammenspiel ereignet sich zwischen den „realen politischen Kräften“: seien es die Regierung und Parlamentsmehrheit auf der einen und die Opposition auf der anderen Seite; seien es aber auch die Bundesregierung und der Bundestag auf der einen und der Bundesrat auf der anderen Seite. Dieses zweite Balancesystem kann insbesondere dann als ein wichtiges Korrektiv funktionieren, wenn die demokratische Kontrolle mangels politischer Gegensätze auf der Bundesebene – etwa zu Zeiten einer großen Koalition – nicht wirksam ist. In der jüngsten Geschichte hat sich auch gezeigt, daß die spezifischen Interessen der neuen Länder der Bundesrepublik im Bundesrat ein zusätzliches und gewichtiges Sprachrohr gefunden haben.

Nur am Rande sei erwähnt, daß die bundesstaatliche Ordnung politischen Minderheiten auf der Bundesebene die Möglichkeit eröffnet, in den Ländern Gestaltungsaufgaben wahrzunehmen und so ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Die Länderparlamente und -regierungen wirken gewissermaßen als Politikschule der Nation. Es sei bedacht, daß schließlich drei der fünf Adenauer folgenden Bundeskanzler zuvor Ministerpräsidenten oder Regierender Bürgermeister gewesen sind.

Rückschauend können wir feststellen – das hat Ella Barowsky auch schon gesagt –, daß sich das bundesstaatliche Prinzip unseres Grundgesetzes als Garant einer freiheitlichen und demokratischen Entwicklung im Innern der Bundesrepublik Deutschland erwiesen und entscheidend zum Bild eines friedlichen Deutschlands beigetragen hat. Die Geschichte hat den Alliierten schließlich recht gegeben. Denn diese hatten den Frauen und Männern des Parlamentarischen Rates die föderalistische Regie-

rungsform anempfohlen, weil sie sich – nach dem Fehlschlag des ersten zentralistischen Versuchs deutscher Einheit – von dieser mehr Sicherheit für die deutschen Nachbarn versprochen hatten.

Gleichwohl plagt uns gegenwärtig die Frage, was ein Landesparlament und eine Landesregierung heute noch leisten können. Wir sind noch viel grundsätzlicher besorgt um die Zukunft der Demokratie. Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime in den Jahren 1989/90 ist von uns als Sieg des demokratischen Verfassungssystems gefeiert worden. Dennoch wird nur wenige Jahre nach diesem historisch beispiellosen Triumph mit zunehmendem Nachdruck die Frage gestellt, ob die Demokratie das Jahr 2000 überleben wird. Angesichts der fast alle westlichen Industriegesellschaften plagenden Rezession steht die Leistungsfähigkeit der freiheitlichen und sozialstaatlichen Demokratien auf dem Prüfstand. Wir beobachten eine bis dahin unbekannte Weltläufigkeit des Kapitals, das sich leichtfüßig dem Zugriff der nationalen Regierungen entziehen kann. Multinational organisierte Unternehmen können von jedem beliebigen Ort des Globus aus dirigiert und je nach den Rücksichten wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit landflüchtig werden. Die Politik steht damit vor Aufgaben, die immer häufiger die nationale Dimension überschreiten. Dramatisch verflüchtigt sich das Vertrauen in die politischen Institutionen. Unter den Bürgerinnen und Bürgern machen sich immer häufiger eine beunruhigende Unsicherheit und Demokratieverdrossenheit breit. Nicht zu schweigen von einer Zukunftsangst, die sich in Kriminalitätsfurcht sowie in der – ja nicht unberechtigten – Sorge um den Arbeitsplatz und auch um die Altersrente äußert.

„Schneller als viele von ihrem Sieg noch umnebelte Westverwandte“, so meint Daniela Dahn, hätten die Ostdeutschen begriffen, „daß das bis zur Wende zu recht als überlegene Zivilisation favorisierte Gesellschaftsmodell in seiner jetzigen Form just am Ende“ sei. Im Osten keime „bei vielen der Verdacht, daß ihnen zum Preis von Haute Couture ein Auslaufmodell untergejubelt“ worden sei. Nun, meine Damen und Herren, jenseits dieser Ironie ist nüchtern zu konstatieren, daß wir eine tiefe Krise der Arbeitsgesellschaft und eine die Demokratie gefährdende Globalisierung der Kapitalmärkte erleben.

In dieser Situation gilt es, zweierlei festzuhalten: Fatalismus in Sachen Demokratie ist uns nicht gestattet. Und zum zweiten: In Anbetracht der weltumspannenden ökonomischen Entscheidungsprozesse gibt es zur fortschreitenden europäischen Union keine Alternative. Rabbiner Stein hat heute im ökumenischen Gottesdienst bereits darauf aufmerksam gemacht, daß sich Demokratien durch ihre Friedfertigkeit im Inneren auszeichnen. Denn die Demokratie hat nicht nur zur Aufgabe, Minderheiten zu schützen, sondern dafür zu sorgen, daß Minderheiten mit uns menschenwürdig zusammenleben und zusammenarbeiten können. Darüber hinaus wirbt für die demokratische Staatsform die historische Erfahrung, daß Demokratien äußerst selten Krieg gegeneinander führen. Die von Alfred Grosser seinerzeit gebrauchte Metapher, daß die Europäische Gemeinschaft so eine Art Käfig für die Deutschen sei, mag uns heute allen als anachronistisch erscheinen. Doch sollten wir uns nicht über die Ängste unserer Nachbarstaaten hinwegtäuschen, die mit der deutschen Einheit zum Teil wiederbelebt worden sind. Doch für uns alle, die wir hier versammelt sind und über diesen Kreis hinaus, ist eines klar: Einen Rückfall in die Strategie des nationalen Alleingangs kann es für uns Deutsche nicht geben und wollen wir uns nicht leisten.

Angesichts unserer Geschichte und der bitteren Erfahrungen, die unsere Nachbarn und Millionen Deutsche mit deutschem Vormachtstreben gemacht haben, sind wir der europäischen Integration und ihrer „Kontrolle aller durch alle“ verpflichtet.

Es mag immer wieder beschwerlich sein, das Spannungsverhältnis zwischen dem europäischen Integrationsprogramm und der bundesstaatlichen Ordnung auszutarieren und verschiedenartige Interessen zum Ausgleich bringen zu müssen. Doch was auf den ersten Blick als Last erscheint, dürfte sich auch in Zukunft als eine stete Herausforderung auswirken, die den demokratischen Geist belebt, das Denken in Machtbalancen wachhält und nicht zuletzt der Freiheitlichkeit und Vielfalt unserer Lebensverhältnisse in einem gemeinsamen Europa dient.

Bei der die nationalen Grenzen überschreitenden Politik ist ein Stadtstaat wie Berlin nicht aus seiner politischen Verantwortung

entlassen. Im Gegenteil: Kritische Bürgerloyalität, auf die Europa und Deutschland gleichermaßen angewiesen sind, wird auf der unteren Ebene, ausgehend von einer lokalen Demokratie entwickelt. Dort definiert sich eine politische Gemeinschaft selbst, zum Beispiel durch das Formulieren einer Landesverfassung. Berlin hat die Einsicht beherzigt, daß große gesellschaftliche Umbrüche demokratisch zu gestalten sind. Abgeordnete der ungeteilten Stadt haben gemeinsam die Verfassung fortgeschrieben und einen Verfassungsgerichtshof aus der Taufe gehoben. Für die orientierungsbedürftige Bevölkerung ist es meines Erachtens von großem Gewinn, daß ein solches Gericht in seinem unmittelbaren politischen Umfeld und Alltag die Menschenrechte verteidigt, rechtsstaatliche Garantien durchsetzt und über das geordnete Zusammenspiel der Berliner Staatsgewalten wacht. Denn ein in der Verfassung niedergelegter Katalog von Menschenrechten für sich allein schafft noch keine humanistische Tradition, die aus jedem Menschen eine Staatsbürgerin und einen Staatsbürger macht.

Mehr als bisher ist Europa darauf angewiesen, daß die politische Antriebskraft aus den Demokratien auf der regionalen Ebene gespeist wird. Hier wird es Aufgabe der Landesparlamente und -regierungen sein, die Bürgerinnen und Bürger aufklärend und mitdenkend in den Prozeß der europäischen Integration einzubinden. Das verpflichtet zur Suche nach neuen Strategien der politischen Teilhabe; denn zu Recht ist gerade jetzt, wo wir die 50 Jahre unseres Verfassungslebens zurückdenkend noch einmal nachvollziehen, beklagt worden, daß die Länder aus den staatsorganisatorischen Spurrillen des Grundgesetzes nicht herauskommen. Warum denn nur gebannt, meine verehrten Volksvertreterinnen und Volksvertreter und auch Hoher Senat, auf die Direktiven aus Brüssel schauen? Warum sollte nicht Berlin als Mittelpunkt Europas auch einmal selbst eine Initiative starten und die Europäische Kommission zu einer Aktivität – sei es auf dem Gebiet des Arbeits- oder des Umweltschutzes – herausfordern?

Da sich Berlins Wunsch erfüllt hat, Hauptstadt eines vereinten Deutschlands zu sein, dürfte die Stadt eigentlich überhaupt keine Identitäts- und Sinnprobleme haben.

Gleichwohl gewinnt eine in die Provinz – Verzeihung: in die Residenz des Rechts! – verschlagene Berlinerin beim Studium der hiesigen Tageszeitungen mitunter den Eindruck, als leide die Stadt wie eine Mutter nach geglückter Geburt unter einem Hormonloch.

– Aber wo, frage ich mich, wenn nicht in dieser Stadt sollte es gelingen, den glücklichsten Wendepunkt der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert im Kopfe wachzuhalten und in Dankbarkeit die daraus resultierende Verantwortung anzunehmen?

Berlin ist in einer beispiellos herausfordernden – ja, man möchte fast sagen, beneidenswerten – Lage:

- Frei von Preußens Fesseln ist ein bereits existentes politisches Gemeinwesen vor 50 Jahren zur Hauptstadt erstarkt.
- Als Schauplatz welthistorischer Ereignisse, auch schrecklicher Verbrechen, ist es eine fruchtbare Stätte für ein in die Zukunft weisendes Geschichtsbewußtsein – immer eingedenk der Tatsache, daß wir Deutschen nie wieder ein unbefangenes Verhältnis zu unserer Geschichte gewinnen können. Sie haben das unnachahmlich gesagt.
- Die Erfahrung, Vorposten der Freiheit am Eisernen Vorhang gewesen zu sein, hat ein ureigenes Berliner Zusammengehörigkeits- und Lebensgefühl geschaffen. Der nicht immer über jede Kritik erhabene Frontstadtgeist, meine ich, sollte sich unschwer in ein Ethos der Zivilität und Toleranz verfeinern lassen.

Man möchte ja doch hin und wieder im Sinne Ernst Reuters ausrufen dürfen: Bürgerinnen und Bürger aller Welt, schaut auf diese Stadt!

- Nirgendwo ereigneten sich die Szenen der Trennung und des unverhofften Wiedersehens so dramatisch und ergreifend wie in Berlin. Nirgendwo kann man – auch heute noch – so haut-

nah erfahren, daß uns Menschen aus Ost und West unterschiedliche Erfahrungen und Lebensgefühle trennen. Hier gilt es beispielgebend die Verständigungsschwierigkeiten zwischen Deutschen zu überwinden, die mehrere Dezennien unter unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Systemen gelebt haben.

- Dank seiner Musik, Kunst und Theater, die Kabarets nicht zu vergessen, ist in Berlin bereits ein hauptstädtisch gestimmtes Milieu gestiftet. Das wird Berlin zu einem Forum politischer und gesellschaftlicher Ideen machen, die die Stadt davor bewahren werden, lediglich werktägliches Hauptquartier der Bundespolitik zu sein.

Die Kraft und Lebendigkeit dieser Stadt sind ungebrochen. Gewiß ist nur der Wandel. Also, meine Damen und Herren: Auf in die Berliner Republik!

---

1. Auflage erschienen im Februar 1997  
in einer Auflage von 3 000 Exemplaren